

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
fraktion-buergerliste@versanet-online.de
www.buergerliste.de

Leverkusen, den 19.10.2012

An den Oberbürgermeister unserer Stadt,
die Bezirksbürgermeister unserer drei Stadtbezirke
sowie die Vorsitzenden der zuständigen Gremien, Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung Ihrer Gremien:

Die Fachverwaltung wird beauftragt, wie in der Stadt Hamburg - Siehe Anlage!
- und zusammen mit der AGL auch für unser Leverkusen ein Prozedere zu entwickeln,
dass solche Durchgriffe auf Wohnungsinhaber/Wohnungsgesellschaften gestattet,
um die vorhandenen Missstände - u. a. bei GAGFAH - effektiv und nachhaltig ahnden zu können.

Begründung:

Mit Hilfe der Gelder der Steuerzahler werden für bedürftige Mitmenschen Wohnungen finanziert,
die undichte Fenster und Türen sowie Schimmelpilz und andere gravierende Mängel aufweisen.

Hier muss endlich etwas zum Schutz unserer betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger geschehen,
zumal wenn der Steuerzahler mit erheblichen Summen die Mieten der Wohnungen finanziert.

Es ist geradezu lächerlich, dass städtische Mitarbeiter immer wieder vor Ort gebeten werden,
die Mängel feststellen und dann in kopfschüttelndes Nichtstun versinken.

Wenn der Staat/die AGL/ die Stadt Miete für eine Wohnung zahlt, hat er/sie auch Rechte.

Diese sollte sie gerade dann wahrnehmen, wenn bildungsferne Schichten unserer Bevölkerung nicht so recht wissen,
wie sie den Missständen begegnen sollen.

Sonja Schmitz Inge Treger Bernd Neufeind Rainer Jerabek Ulrike Lorenz

i. A.


(Erhard T. Schoofs)

MieterZeitung

OKTOBER 5/2012

DEUTSCHER MIETERBUND E.V. **DMB**

■ Stadt verklagt Vermieter

Hamburg - Die Sozialbehörde der Stadt Hamburg hat einen Vermieter zur Rückerstattung von rund 670.000 Euro verklagt. Der 2010 als „Horror-Vermieter“ bekannt gewordene Mann, der 300 bis 400 Wohnungen in Hamburg besitzen soll, hatte stark heruntergekommene Wohnungen und zum Wohnen ungeeignete Kellerräume an sozial schwache Mieter vermietet. In über 200 Fällen sollen außerdem Wohnungen vermietet worden sein, die kleiner als angegeben waren. Die Behörde hatte die Mieten bezahlt. Die MieterZeitung berichtete. Einen Teil der Summe, nämlich 105.000 Euro, hat der Vermieter der Stadt bereits zurückgezahlt. Dem Vermieter drohen nun nicht nur diverse zivilrechtliche Verfahren, sondern auch ein Strafprozess. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen gewerbsmäßigen Betrugs in 223 Fällen erhoben. Über die Zulassung der Klage muss das Landgericht Hamburg noch entscheiden. ■